

Entschließung

Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Finanzen werden ersucht, zur Reduzierung der finanziellen Lasten der Opfer von Naturkatastrophen, den Ersatzerwerb eines Grundstückes zum Zwecke der Absiedelung aus betroffenen Gebieten grunderwerbsteuermäßig zu begünstigen.